

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 5, 43 – NDR-Staatsvertrag:
Situation der Medienlandschaft

Dazu sagt der medienpolitische Sprecher der
Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Lasse Petersdotter:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 118.21 / 24.03.2021

Guter Journalismus braucht gute Journalist*innen, kein kostenloses iPad bei Abo-Abschluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

zusammenfassend kann man sagen: der Bericht beinhaltet wenig Überraschendes und noch viel weniger Beruhigendes. Die Medienlandschaft in Schleswig-Holstein hat ein Problem. Auf Seiten der privaten Medien gibt es im Wesentlichen zwei TV-Sender, einen großen Radioproduzenten und zwei große Zeitungsverlage.

Es ist in Schleswig-Holstein flächendeckend beinahe unmöglich, zwischen zwei unterschiedlichen Lokal- oder Regionalzeitungen zu wählen. Kleine Oasen gibt es da eigentlich nur noch in Flensburg und Dithmarschen.

Es gibt Gemeinden in Schleswig-Holstein, in denen ist es nicht einmal mehr möglich, überhaupt eine regionale Printzeitung zu erhalten. All das sind längst mehr als Alarmsignale für die Medienvielfalt in Schleswig-Holstein.

In der Lokalberichterstattung hat man zu essen, was auf den Tisch kommt. Überregionale Berichte kommen aus Agenturen mit Sitz in Hannover oder Osnabrück. Einen schleswig-holsteinischen Blick auf Bundespolitik gibt es kaum noch.

Das ist das Ergebnis einer gewollten Strategie der Verlage. Gerne wird diese Strategie als Fokussierung verklärt. Man wolle die Lokalredaktionen stärken. Ich frage mich wirklich, wo wir diese Stärkung mal beobachten können. Bei der Personalentwicklung der Lokalredaktionen ist jedenfalls keine Stärkung erkennbar.

Apropos Personal: Mir kommt die Lage der Beschäftigten in diesem Bericht zu kurz. Ich

hätte mir mehr Informationen über die Honorarsituation von Freien und über die Personalentwicklung in den Lokalredaktionen gewünscht. Und auch, wie sich die Gewichtung zwischen Redaktionen und Anzeigen entwickelt hat.

Wir werden im Ausschuss noch viel zu diskutieren haben. Auch über den völlig falsch verstandenen Arbeitsethos in vielen Redaktionen. Das, was gerne als Leidenschaft, Aufopferungsgabe und alte Schule verklärt wird, sind bei näherer Betrachtung oft einfach unattraktive Arbeitsbedingungen. Die deutlich sinkenden Volontariatsbewerbungen sprechen hier für sich. Und wir werden auch andere, jüngere Personalentwicklungen diskutieren, wie etwa die Schließung der Druckerei der Lübecker Nachrichten und die Kurzarbeit beim SHZ.

Die Zukunft des Journalismus liegt in guten Journalist*innen, nicht in einem kostenlosen iPad bei Abo-Abschluss. Das klingt vielleicht pathetisch, ist aber so.

Meine Generation, die Millennials, werden gerne als Untergang der Zeitungen dargestellt. Ein Blick in die Statistiken zeigt: Jo, das stimmt irgendwie. Aber was ist die Lehre daraus? Die Lösungen auf dem Tisch sind alle eher nicht überzeugend. Weder Insta-walks durch die Redaktion, noch das Angebot, einen Kontaktgrill zum ePaper-Abo zu erhalten.

Wir brauchen einen starken Journalismus - starken privaten Journalismus und starken öffentlich-rechtlichen Journalismus.

Der NDR-Staatsvertrag, auf den ich nur kurz eingehen will, ist auch wenig überraschend, und sicherlich kein großer Wurf. Gut sind sicherlich die verbesserte Transparenz und die verbesserte Personalvertretung der so genannten „festen Freien“. Gescheitert ist allerdings der Staatsvertrag an anderen Stellen. Dass die Zusammensetzung des Rundfunkrates sich erneut nicht ändert, ist wirklich absurd. Seit 2005 ist der Rundfunkrat nun unverändert, während sich die Gesellschaft deutlich verändert hat. Wir Grüne hätten es für dringend notwendig gehalten, dass endlich mehr Diversität in den Rundfunkrat einzieht.

Wir merken: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird es alleine nicht richten können. Wir brauchen starke private Medien. Für all diese Konflikte gibt es keine einfachen Lösungen. Auch Geld alleine wird es nicht richten. Finanzielle Hilfen müssten den Journalismus und die Redaktionen stärken, nicht die Verlage. Wenn nur die alten Strukturen erhalten werden, hat man am Ende keine Presse, sondern ein Museum.
